

Kurz notiert: Kirche und Menschenrechte

Albertus-Magnus-Kolleg / Haus der Begegnung (Hrsg.): Kirche und Menschenrechte – Solidarität mit den Verfolgten. (Kirche in Not, Bd. XXXIV). Eigenverlag, Königstein Ts. 1986; 196 S., DM 18,90. (Erhältlich bei: Albertus-Magnus-Kolleg, Postf. 1229, 6240 Königstein Ts.)

Immer wieder bewegt das Menschenrechtsthema das moralische Gewissen der Menschen wie nur wenige andere Aspekte des politischen Lebens. Daß sich an ihnen eine kontroverse Diskussion entzündet, liegt daran, daß sie Rechte des Menschen gegenüber dem Staate sind. Sie lassen sich verschieden begründen, aber es ist unbestritten, daß es ohne ihre Respektierung keine Freiheit, keine Gerechtigkeit und auch keinen Frieden geben kann.

Wie alljährlich veranstaltet das Albertus-Magnus-Kolleg in Königstein im Taunus den internationalen Kongreß „Kirche in Not“. Ein besonderes Anliegen der Veranstalter ist es, über die Lage der Kirche und der Menschen im Ostblock zu berichten.

Mit dem Titel „Kirche und Menschenrechte – Solidarität mit den Verfolgten“ hat man keiner Modeströmung gehuldigt, sondern sich einem Problem zugewandt, das im kommunistischen Einflußbereich latent vorhanden ist. Wenn man den Menschen als das „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ versteht oder Menschenrechte als „Rechtsansprüche des egoistischen und beschränkten, von seinen Mitmenschen isolierten Spießbürgers“, wie dies Karl Marx in seinem Aufsatz „Zur Judenfrage“ getan hat, so sind die Menschenrechtsverletzungen im Ostblock nur eine Konsequenz dieses Denkens.

Im einzelnen werden behandelt: Menschenrechte und Staat; Katholische Kirche und Menschenrechte; Menschenrechte in der Dritten Welt und Menschenrechte im Sozialismus. Einzeluntersuchungen über die Lage der Kirche in der CSSR, in Jugoslawien, der Sowjetunion, Vietnam, in der Volksrepublik China und Rumänien geben Auskunft darüber, wie die Menschen, die sich zu ihrem Glauben bekennen, vielfältigen Behinderungen ausgesetzt sind.

Der Band schließt mit einem Plädoyer für die Menschenrechte der Ungeborenen. Sie sind das schwächste Glied jeder Gesellschaft. Wie steht es um die öffentliche Moral in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland, das zuläßt, daß jährlich 250 000 Abtreibungen vorgenommen werden?

Es ist nicht verständlich, daß man gegen Tierversuche demonstriert oder neben jeden Baum eine „Mahnwache“ aufstellt, gegen die Tötung ungeborenen Lebens aber mit dem „Selbstbestimmungsrecht“ der Frau argumentiert. Glaubwürdig bleibt der Einsatz für Menschenrechte nur, wenn er nicht selektiv geschieht. *Ludwig Watzal*